Schulterschluss gegen die Neubautrasse

MdB, Landrat und Bürgerinitiativen machen sich gemeinsam für den Ausbau der bestehenden Bahnlinie stark

VON JOHANNES PIETSCH

Gemeinsam für den Ausbau der bestehenden Trasse: Landrat Jörg Farr (v.l.), MdB Kirsten Lühmann, Bigtab-Sprecher Thomas Rippke, Hilke Hoffmann, Kassenwartin der BI „Mit Masse gegen die Trasse“, MdB Achim Post, Dr. Ulrich Niestrath, stellvertretender Sprecher der BI Seelze Katrin Hösl, Vorsitzende der BI „Mit Masse gegen die Trasse“, MdB Stefan Schwartze Arno Sommerfeld, stellv. Vorsitzender der BI „Mit Masse gegen die Trasse“ und MdB Marja-Liisa Völlers machen in Berlin mobil gegen den trassenfernen Ausbau. FOTO: PR

BÜCKEBURG/MINDEN/ BERLIN. Über ihre Meinung zu einer möglichen Neubautrasse der Bahn von Hannover nach Porta Westfalica haben sie nie einen Hehl gemacht. Jetzt üben die fünf entlang des möglichen Trassenverlaufs aktiven Bürgerinitiativen, die bereits gemeinsam in der IG Cosinus ihre Schlagkraft schärfen, den Schulterschluss mit dem Landkreis Schaumburg und mehreren Bundestagsabgeordneten aus der Region. Auf Initiative der Schaumburger Bundestagsabgeordneten Marja-Liisa Völlers (SPD) trafen sie sich in Berlin, um ein gemeinsames Vorgehen gegen einen möglichen Trassenneubau und für den in der Region favorisierten Ausbau der bestehenden Bahnlinie Hannover-Minden abzustimmen.

Dass in der Region eine klare und eindeutige Meinung zu dem Thema herrscht, hatten zuvor sämtliche betroffenen Kommunen und Landkreise durch entsprechend formulierte und einstimmig verabschiedete Resolutionen und Stellungnahmen deutlich gemacht. Auch eine Vielzahl von Bürgern, Vereinen und Organisationen hatte sich während der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan 2030 gegen die Neubautrasse ausgesprochen. „Wir sind uns hier in der Region alle einig, dass wir den trassenfernen Ausbau nicht wollen. Das ist das Pfund, mit dem wir gegenüber dem Bund wuchern können“, hatte Landrat Jörg Farr im Herbst vergangenen Jahres bei einer Veranstaltung des Fördervereins Bückeburger Niederung und der Bürgerinitiative Bigtab den Stand der Lage formuliert. Dem hatte sich auch die kurz darauf im Bundesland Niedersachsen gebildete rot-schwarze Landesregierung angeschlossen, indem sie den trassennahen Ausbau der Bahnlinie Hannover-Minden in ihrem Regierungsprogramm festschrieb.

Neben der Koordinierung eines gemeinsamen Vorgehens diente das Treffen in Berlin dazu, alle Beteiligten auf gleichen Kenntnisstand der aktuellen Situation zu bringen. Der besteht derzeit darin, dass das Bundesverkehrsministerium zwar nach wie vor die Realisierung des sogenannten Deutschlandtakts anstrebt und diesen auch primär als Argument für einen möglichen Trassenneubau zwischen Hannover und Porta Westfalica anführt, der dafür relevante „Zielfahrplan 2030 plus“ derzeit aber noch erarbeitet wird. Erst nach dessen Fertigstellung ist, so die Auskunft des Bundesverkehrsministeriums gegenüber den Abgeordneten, mit einem Planungsauftrag des Ministeriums an die DB Netz AG und dem Start eines regulären Planverfahrens zu rechnen.

Der jetzt vollzogene Schulterschluss sei ein wichtiger Schritt, um den politischen Druck auf das Bundesverkehrsministerium hoch zu halten und zu gegebener Zeit das Planungsverfahren der DB Netz AG umfangreich zu begleiten, so die Teilnehmer des Berliner Treffens. Dass ein solcher Druck notwendig ist, zeigen die Erfahrungen des Mindener Abgeordneten Achim Post. Der wandte sich bereits im Februar 2017 schriftlich an den zuständigen parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann mit der Frage, ob noch im gleichen Jahr eine Finanzierungsvereinbarung mit der DB Netz AG für die Planung des Ausbaus Hannover-Bielefeld unterzeichnet werden würde. Antwort Ferlemann: „Ja.“ Nur acht Monate später revidierte der Staatssekretär seine Angaben und erklärte, erst die Erarbeitung des „Zielfahrplans 2030plus“ abwarten zu wollen.

Der generelle Ausbau der Bahn zwischen Hannover und Minden wird von den Teilnehmern als ebenso erforderlich betrachtet wie ein Neubau abgelehnt wird. „Unsere Region braucht diesen Ausbau dringend – und zwar am Bestand – und keine verkehrspolitisch irrsinnige neue Tunnelstrecke mit immensen Kosten und unüberschaubaren Planungs- und Bauzeiten“, so die gemeinsame Stellungnahme. Neben den zahlreichen Pendlern, die auf die Strecke angewiesen seien, bräuchten die betroffenen Kommunen und Anlieger auch endlich Planungssicherheit.

Beteiligt waren neben der Schaumburger Bundestagsabgeordneten Marja-Liisa Völlers (SPD), Landrat Jörg Farr und Vertretern der fünf Bürgerinitiativen die beiden ostwestfälischen Bundestagsabgeordneten Achim Post und Stefan Schwartze sowie Matthias Miersch und Kirsten Lühmann. Der Hannoversche Abgeordnete Miersch ist Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion und Angehöriger des Bundesvorstands. Die Uelzener Abgeordnete Kirsten Lühmann ist seit 2014 stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem hält sie einen Posten im Vorstand der Deutschen Bahn AG. Beide Parlamentarierer, Lühmann und Miersch, waren maßgeblich an der Diskussion um die verworfene Y-Trasse und der Einigung auf die Apha-E-Variante beteiligt.